

Heuchelei der CDU 2
Zur Tegeler Straftäter-Ambulanz

Mehr Demokratie 3
Wen stört sie beim Regieren?

Wichtiger Anlass nachzudenken

WiR-Interview mit Kulturstadtrat Dr. Thomas Gaudszun (SPD)
zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Die BVV hat in ihrer März-Tagung einstimmig beschlossen, den 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des zweiten Weltkrieges in Europa im Bezirk Reinickendorf würdig zu begehen. Welche Veranstaltungen plant das Bezirksamt dazu?

Dr. Gaudszun: Das Bezirksamt Reinickendorf wird anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes neben der traditionellen Kranzniederlegung am 8. Mai eine kulturelle Veranstaltung durchführen. Am Freitag, dem 22. April, um 19 Uhr findet im Ernst-Reuter-Saal ein literarisch-musikalischer Abend statt unter der Überschrift: „1000 Jahre = Stunde 0“ - eine Gedächtnisübung zum 60. Jahrestag des Kriegsendes 1945 mit Liedern und Szenen aus der Feder von Zeitzeugen.

Wir haben bewusst keine weitere Feierstunde gewählt, weil auf Grund des besonderen Jahrestages dies an zentraler Stelle stattfinden wird. Mit dieser Form des Gedenkens mittels Theater und Musik will das Bezirksamt eine andere Art der

Auseinandersetzung mit diesem Datum ermöglichen!

Besonderen Wert lege ich auf eine zusätzliche Aufführung für die Reinickendorfer Oberschulen, die am Tag davor stattfindet. Damit kann dieses Thema auch „außerhalb des Geschichtsbuches“ Jugendlichen näher gebracht werden.

Welche Bedeutung hat für Sie die Erinnerung an den Tag der Befreiung vor 60 Jahren für die aktuelle politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auch in unserem Bezirk?

Dr. Gaudszun: Der 8. Mai 1945 ist ein wichtiger Anlass, über die Wirkungen eines autoritären und verbrecherischen Regimes nachzudenken. Genauso wichtig ist es auch, über den Weg zu reden, der Deutschland dahin gebracht hat, und auf Parallelen in der heutigen Zeit hinzuweisen, so dass gerade junge Menschen erkennen können, wie eine derartige Katastrophe passieren konnte, und auch begreifen, dass sich dies niemals wiederholen darf.

Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985



Das Sowjetische Ehrenmal in Berlin-Schönholz
Foto:
Marion Lubina

Gedenkveranstaltungen zum 8. Mai

- | | |
|---------------|--|
| 17.4., 15 Uhr | Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der Befreiung des KZ Sachsenhausen |
| 7.5., 11 Uhr | Sternfahrt zum Gedenkstein in Stolpe (OHV) |
| 7.5., 14 Uhr | Gedenkveranstaltung der Gesellschaft für Bürgerrechte und Menschenwürde mit Armeegeneral Gribkow, Prof. Moritz Mebel, Hans Modrow, Audi Max der Humboldt-Universität |
| 7.5., 20 Uhr | Festliches Konzert, präsentiert vom ND, Konzerthaus am Gendarmenmarkt |
| 7./8.5. | „Tage der Demokratie“, Veranstaltung des Senats von Berlin am Brandenburger Tor |
| 8.5. | Gedenkfeiern an sowjetischen Ehrenmalen in Treptow, Tiergarten, Schönholz |
| 8.5., 10 Uhr | Ehrung an Gräbern ehem. sowjetischer Zwangsarbeiter auf dem Russischen Friedhof Reinickendorf (Wittestraße) |

Mehr Infos zu den Terminen im internet unter:
www.pds-reinickendorf.de

Unsägliche Heuchelei

Erklärung des Bezirksvorstandes der PDS Reinickendorf zur Einrichtung der Straftäter-Ambulanz in der JVA Tegel

Was die CDU Reinickendorf und ihre Vertreter im Bezirksamt, in der BVV, im Abgeordnetenhaus und im Bundestag zur Zeit vor- und aufführen, ist verantwortungslos und doppelzüngig.

Sie tun so, als sei die Einrichtung einer forensisch-therapeutischen Ambulanz für ehemalige Sexualstraftäter in der JVA Tegel im Hauruckverfahren über Reinickendorf hereingebrochen. Tatsache ist: Frau Wanjura wusste dies seit dem 19. August 2004. Über einen geeigneten Standort der Ambulanz, deren Einrichtung bereits in der Koalitionsvereinbarung von SPD und PDS vom 16.1.2002 vorgesehen war, gab es auch 2003 schon Diskussionen mit dem Bezirksamt. Die „Partei der Bürgernähe“ unternahm nichts, um die Anwohner über Anliegen, Konzeption und mögliche Folgen einer solchen Ambulanz sachlich aufzuklären.

Im Gegenteil, statt dessen schürt die CDU nun auf unsägliche Weise Ängste und Emotionen. Sie missbraucht die berechtigten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger. Auf dem Rücken der Betroffenen versucht sie, aus der Situation parteipolitische Vorteile zu ziehen. Die sogenannte Reinickendorf-Partei betreibt auch hier ihre traditionelle Politik der unchristlichen Verdrängung der Probleme, weil sie dem Image vom wohlhabenden Vorort der Hauptstadt

(„im Norden ganz oben“) schaden könnten, statt sich den Problemen zu stellen. Das ist nichts anderes als St. Florian anno 2005.

Die PDS Reinickendorf begrüßt, dass die Senatorinnen und weitere Vertreter der Senatsverwaltungen für Justiz und Gesundheit, der Leiter des Instituts für Forensische Psychologie der Charité und andere Experten sich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort gestellt haben. Wir sprechen uns für einen sachlichen, nachdenklichen und verständnisvollen Dialog aus.

Die Anwohner im Umkreis der JVA, alle Bürger in Tegel, Reinickendorf und ganz Berlin haben das Recht auf Sicherheit. Eine forensisch-therapeutische Ambulanz kann nach Auffassung der Experten dazu beitragen, die Risiken zu vermindern.

Aus Sicht der PDS zeigt die Diskussion um den Standort der Ambulanz, dass für das Bezirksamt und die Polizei Handlungsbedarf besteht: Die Anwohner in Tegel-Süd beklagen seit Jahren, dass im Wald und am Flughafensee Drogen und Alkohol konsumiert und offenbar auch Straftaten begangen werden. Wir halten es deshalb für dringend geboten, für die nächsten Monate dem Sicherheitsbedürfnis der Anwohner entsprechend die Kontrolle der Umgebung der Sees, z.B. durch regelmäßige Polizeistreifen und Kontrollgänge des Ordnungsamtes zu verstärken.

Berlin, 22.3.2005

der Senat, um dem Problem der ständig zunehmenden Kerosintransporte durch die Wohngebiete im Berliner Norden wirksam zu begegnen?

Zu 10: Eine Alternative zur Versorgung des Flughafens Berlin-Tegel mit Flugkraftstoff per Tanklastfahrzeug über die Straße besteht nicht. Ein ehemals vorhandenes Gleis mit Anschluss an das Netz der Deutschen Bahn AG ist gesperrt, nicht mehr betriebsfähig bzw. teilweise zurückgebaut worden. Für eine eventuelle Reaktivierung wäre eine umfangreiche Grundsanie rung erforderlich.“

37.Sitzung, 9.3.2005

Erfreuliches kam in der Tagesordnung zuerst: Die BVV folgte einstimmig der Empfehlung ihres Vorstandes, den **60. Jahrestag der Befreiung** vom Nationalsozialismus und der Beendigung des zweiten Weltkrieges in Europa auch in Reinickendorf „im Rahmen eines Gedenktages mit geeigneten Veranstaltungen zu würdigen, die seinem Rang als europäischer Tag des Erinnerns gerecht werden“. Offenbar hatte der Skandal in der BVV Steglitz-Zehlendorf die politischen Gemüter abgekühlt, so dass ein PDS-initiiertes Antrag von Renate Herranen ohne Diskussion Zustimmung fand (s. S.1). Bemerkenswert: die bezirklichen Medien verschweigen den Beschluss.

Als dringlich behandelte die BVV eine **Große Anfrage (GA)** der CDU zur **„ambulanten Therapieeinrichtung für Sexualstraftäter in Tegel“** (Drs. 1108/XVII). Wie schon in der gemeinsamen Sitzung von Gesundheits- und Sozialausschuss am Vortag stellte Bezirksbürgermeisterin Wanjura ihre Einwände gegen den Standort der Ambulanz in der JVA Tegel als „eine für Reinickendorf nicht mehr tragbare Belastung“ hin. In einer emotionsgeladenen Debatte forderten Sprecher der anderen Fraktionen die CDU auf, nicht länger „Ängste zu schüren“ und mit sachlichen Informationen „die Bürger mitzunehmen“. Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die SPD bei Enthaltung von B90 und der Einzelverordneten ersuchte die BVV das Bezirksamt, sich beim Senat für einen anderen Standort einzusetzen.

Eine weitere GA der CDU mit dem Titel **„Populismus versus Deregulierung“** griff die Anfrage von Klaus Rathmann in der BVV-Bürgersprechstunde auf. Frau Wanjura malte ein „Horrorzenarium“ (A. Höhne, SPD), die von SPD, PDS, B90/ Grüne und FDP im Abgeordnetenhaus eingebrachten Gesetzesanträge über bezirkliche Bürgerentscheide würden zu „absolutem Stillstand in den Bezirken“ führen (s. S.3).

Der „problematische Umgang“ der CDU und ihrer Bürgermeisterin mit der Geschäftsordnung (GO) der BVV und ihrer Ausschüsse veranlasste die SPD, eine Sondersitzung des Ältestenrates zu verlangen. Auch auf Antrag der SPD wird der zuständige Ausschuss eine Änderung der GO der BVV bzgl. der Bürgerfragestunde beraten. K.G.



Es gibt eindeutige kriminologische Erkenntnisse. Wenn Täter rückfällig werden, dann an ihrem Wohnort, aber nicht dort, wo sie sich melden müssen wie in einer Ambulanz.

Hans-Ludwig Kröber,

Direktor des Instituts für forensische Psychologie der Charité

WiR dokumentiert

Kerosinverbrauch und Kerosintransporte zum Flughafen Tegel

Staatssekretärin Krautzberger, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, stellt in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Claudia Hämmerling, MdB-Bündnis 90/Grüne fest, dass am Spitzentag im Jahre 2004 auf dem Flughafen Tegel 1.008.000 Liter Kraftstoff vertankt worden sind. Dafür waren rd. 29 Tanklastzugfahrten notwendig.

„10. Welche Maßnahmen erwägt

Drs. 15/11968
Kleine Anfrage
vom 1.11.2004

Stillstand oder mehr Demokratie für mündige Bürger?

SPD, PDS, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben gemeinsam am 24. Februar 2005 zwei Gesetzesanträge ins Abgeordnetenhaus über die Einführung von bezirklichen Bürgerentscheiden, über erweiterte Informationsrechte für die Bevölkerung (Unterrichtungs-

pflicht durch das Bezirksamt, Einwohnerversammlung, Einwohnerfragestunde, Einwohnerantrag) und über erweiterte Rechte der BVV eingebracht. Damit geht Berlin als letztes Bundesland den Weg zur direkten Demokratie auf kommunaler Ebene.

Ich bin im wahrsten Sinne des Wortes ein „Fan“ von mehr demokratischer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Berlin. Daher begrüße ich die Gesetzesinitiative der vier Fraktionen im Abgeordnetenhaus ausdrücklich. Als Vorsitzender der Reinickendorfer PDS, aber auch als Bürger des Bezirkes interessiert mich natürlich, wie unsere Kommunalpolitiker darüber denken. Deshalb fragte ich am 9. März 2005, im Rahmen der Bürgersprechstunde der BVV, nach.

Um es deutlich zu sagen: Die Argumente unserer Bezirksbürgermeisterin, Frau Wanjura, dass ein Recht auf Bürgerbegehren und Bürgerentscheide die Arbeit des Bezirksamtes nur verzögern und dadurch höhere Hürden im parlamentarischen Verfahren aufgebaut würden, teile ich nicht. Wenn der Fraktionsvorsitzende der „Bürgerpartei Reinickendorfs“ CDU, Schultze-Berndt, darin sogar die Gefahr sieht, dass mit einem solchen Mehr an Mitbestimmung Demokratie erkauf werden solle, macht mich das sehr

nachdenklich.

Was spricht denn wirklich dagegen, Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger in ihren Bezirken zu stärken? Wer, wenn nicht der betroffene Bürger selbst, muss mit den politischen Entscheidungen der BVVen leben? Nimmt die Politik die Bürgerinnen und Bürger ernst oder versucht man, ihnen wiederum die Mündigkeit abzusprechen?

Bezeichnend war auch, wie der anschließenden Debatte zu entnehmen war, dass die CDU im Ältestenrat der BVV versucht hat, mit dem Griff in die verfahrenstechnische Trickkiste, meine Frage nicht zuzulassen. Das ging gründlich daneben und ich begrüße dies ausdrücklich. Wohltuend empfinde ich die Aussagen der anderen in der BVV vertretenen Parteien zum Ausbau der Bürgerbeteiligung.

Resümierend stelle ich fest: Verantwortungsvoll ist Politik nur, wenn Bürgerinnen und Bürger in die sie betreffenden Entscheidungen einbezogen werden.

Klaus Rathmann



Bei der Frau Bürgermeisterin Wanjura ...

„...für nicht zwingend notwendig erachtet“

Gutachten bestätigt die BI Schulzendorfer Straße

Wenn es noch eines Nachweises bedurft hätte, wie sinnvoll und auch notwendig mehr demokratische Mitbestimmung ist - und warum die CDU dagegen ist: Er liegt nun vor. Das von der Bürgerinitiative in Auftrag gegebene Gutachten zum geplanten Ausbau der Schulzendorfer Straße stellt dem Reinickendorfer Baustadtrat Dr. Wegner (CDU) ein Armutszuzeugnis aus und dessen Umgang mit Steuermitteln in Frage.

„Es ist kein Straßenzustand festgestellt worden, der als desolat bezeichnet werden könnte...Insgesamt konnte festgestellt werden, dass die Schädigungen...der mangelnden Straßenunterhaltung zuzuordnen

sind.“ Deutlicher kann nicht gemacht werden, dass die finanziellen Grundlagen für die Planungen des Bezirksamtes, eine Straße gegen den erklärten Willen der Anlieger auszubauen, schlicht und ergreifend falsch sind.

Laut Gutachten würde die Sanierung der Straße ca. 270 000 Euro kosten - ca. 3,9 Millionen (!) hat das Bauamt Reinickendorf veranschlagt. Eigentlich müssten selbst bei Finanzsenator Sarrazin angesichts dieser prägnanten Kostendifferenz die Alarmglocken läuten.

Durch den Ausbau der Straße sollen offensichtlich die seit 20 Jahren unterbliebenen Instandhal-

tungsmaßnahmen seitens des Bezirksamtes kaschiert werden - auf Kosten der anliegenden Grundstückseigentümer. Eines von vielen Beispielen, was die Reinickendorfer CDU unter Bürgernähe versteht!

Eine einstweilige Anordnung soll nun den für den 18. April geplanten Baubeginn vorerst verhindern, damit die im Gutachten benannten Ausbau-Alternativen geprüft werden können. Seitens der BI wird hinsichtlich der neuen Gehwege auch das vom Senat geplante Straßenausbaubeitragsgesetz in Rechnung gezogen. Ein kompletter Baustopp wäre dann das weitergehende Ziel.

H. Jusch

CDU-Lex „Bürgerfragen“ in Aktion

Vor zwei Monaten schilderten wir an dieser Stelle, wie die Reinickendorfer CDU das schätzenswerte Recht der Reinickendorfer Bürger ein wenig manipulierte, der BVV Fragen stellen zu dürfen. Die CDU hatte an diesem Tag die Stimmenmehrheit - die anderen Fraktionen waren nicht ganz vollzählig.

Jetzt erlebten wir diese Lex „Bürgerfragen“ in Aktion. Ein Bürger reichte eine Frage ein (siehe Seite 3), ordnungsgemäß bis Freitag vor der BVV am nächsten Mittwoch. Diese Frage war der CDU nicht recht; ihre Fraktion bastelte einen dringenden Antrag zu einer anderen Variation dieses Themas und reichte ihn ein, auch ordnungsgemäß bis Dienstag vor der BVV. Die Frage war damit laut Geschäftsordnung für die BVV-Fragestunde nicht mehr zulässig.

Allerdings: die Nicht-CDU-Fraktionen setzten gegen den Willen der CDU die Annahme der Frage durch. Und alle Fraktionen einschließlich der Einzelverordneten antworteten darauf. Auch die CDU.

Nichts als Unordnung! Aber es gibt Lösungen. Vielleicht erstmal diese: Wenn die CDU wieder einmal die Mehrheit hat, dann sollte sie einen Antrag parat haben, dass Bürgerfragen in Zukunft geheim zu halten sind, bis die CDU über die Art ihrer Behandlung entschieden hat.

Insbesondere gilt das für die Frage, warum denn nicht jede Frage in der BVV-Fragestunde ihre Antwort wert sei - und wenn es mit der Ergänzung wäre, dass die BVV darüber noch beraten werde und der Bürger dazu herzlich eingeladen sei, vielleicht sogar mitsamt seinem Fragestunden-Recht auf eine kurze Nachfrage.

Hans Eser



Die Emigrantin von Heiligensee

Zwölf lange Leidensjahre seien nun zu Ende, schrieb sie am 1. Mai 1945 in ihr Tagebuch. Nein, keine Jahre in Zuchthaus oder KZ, aber Jahre der Selbstverleugnung und der Vereinsamung. Als scharfsichtige, „entartete“ Künstlerin war sie mit Ausstellungsverbot belegt. Sie hatte sich zuletzt in einem Holzhaus mit Garten in Heiligensee, Wildbahn 33, vergraben, durch Heirat mit einem anderen Namen versehen, ohne Kontakt mit Menschen, die ihre Interessen teilten - es hätte diese und sie selbst gefährdet. Innere Emigration.

Hannah Höch (1889-1978) hatte zum Kreis der Berliner Dadaisten gehört. Dada war eine künstlerische und literarische Protestbewegung, eine Reaktion auf das Entsetzen des ersten Weltkrieges. Wozu Geist haben in einer Welt, die auch ohne läuft, fragten die Dadaisten und erklärten Zufall und Banalität zum künstlerischen Programm. Provokation, gewiss, aber die ist seit den alten Griechen legitimes Kunstmittel, in der Hoffnung, das Publikum möge die Sache neu durchdenken und richtig stellen.

Ob Hannah Höch je eine echte Dadaistin war, kann man bezwei-

fel, obgleich ihre Fotomontage „Schnitt mit dem Küchenmesser Dada durch die letzte weimarer Bierbauchkulturepoche Deutschlands“ (1919/20) später oft als künstlerisches Dada-Manifest bezeichnet wird. Aber in ihren Arbeiten, ob satirisch oder poetisch-surreal, ist wenig Zufall oder gar Banalität. „Ich sah meine Aufgabe darin, die turbulente Zeit bildlich einzufangen... Ich habe alles gemacht und mich um Handschrift und Merkmale nie gekümmert“, sagte sie im Rückblick. Man sieht das in ihren Collagen, Zeichnungen und Malereien an.

Der Neustart nach 1945 wurde der „Daheimgebliebenen“ schwer gemacht. Ihr half, dass Frauenfragen in der Gesellschaft an Gewicht gewannen - und dass in den fünfziger Jahren der Dadaismus in den USA neu entdeckt wurde und über den großen Teich schwappte, obwohl diesmal nicht als Provokation, sondern als Glaubensbekenntnis. In beiderlei Hinsicht hatte sie Rang.

1965 wurde Hannah Höch Ehrenprofessorin der Akademie der Künste. Der Senat vergibt seit 1996 einen Hannah-Höch-Preis für Lebenswerke mit künstlerischem Rang.

Hans Schuster

Entführung, 1925. Aus der Serie „Bilder aus einem ethnografischen Museum“ (Ausschnitt) Rechts: Strong armed men, 1931



Raoul Hausmann: Bildnis Hannah Höch, 1915. Mit Hausmann gemeinsam entwickelte Hanna Höch das Verfahren der Fotocollage und -montage

Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.
Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632
e-mail:
info@pds-reinickendorf.de
internet:
www.pds-reinickendorf.de

Termine

„Demokratie - ohne Bürger? Wie ernst nimmt die Politik die Interessen der Bürger?“ - Tegeler Dialog zur Demokratie der „Hellen Panke“ mit **Dr. Klaus Lederer**, rechtspolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus, **Torsten Baltschukat**, Bürgerinitiative „Poloplatz“, am 18. April um 19.00 Uhr.

„Außenstelle Falkensee des KZ Sachsenhausen“, Veranstaltung der VVN/BdA Reinickendorf mit **Klaus Woina** am 21. April um 15.00 Uhr. Beides im „Roten Laden“